

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.
Verantwortlicher: Kommissionsrat 25 241.
Für die Redaktion: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden bei täglich zweimaliger Herausgabe monatlich 22.00,-, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Herausgabe monatlich 24.00,-.
Die 10p. Ausgabe 22.00,-, außer bei Sonntagen 25.00,-. Familien-Anzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsanzeigen, 10p. Ausgabe und Werbung 25.00,-. Nachdruck, Vervielfältigung und Verbreitung ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers verboten.
Einzelpreis des Vorabendblattes 2.00,-.

Druck- und Verlagsanstalt: Carl Neubauer & Co. in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsgastelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Schlachthofring 7 • Wettinerstr. 56, Großmarkthalle • Ellasplatz 3 • Kaiserstr. 11 • Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Der Plan einer neuen Konferenz.

Ein Ausweg aus dem Reparations-durcheinander.

London, 18. August. Der Pariser Berichtshatter der „Times“ schreibt über die angestrengten Bemühungen, die unternommen werden, um die Reparationskommission in den Stand zu setzen, einen Weg aus dem Reparations-durcheinander zu finden: Man sei ernstlich auf der Suche nach einem Kompromiß. Die Lage scheint jedoch keineswegs so hoffnungsvoll wie vor 24 Stunden. An einer etwaigen neuen Konferenz dürften Deutschland und Amerika teilnehmen. Deutschland müßte an einer etwaigen Konferenz im Herbst gleichberechtigt mit den anderen Nationen teilnehmen. Denn Deutschland sei sicherlich ein interessierter Teilnehmer bei einem wirklichen Versuch, eine abschließende Lösung zu finden. Man hoffe, daß die Vereinigten Staaten nicht ablehnen würden. Ohne Deutschland und die Vereinigten Staaten müßte der Plan einer Zusammenkunft im Herbst fallen gelassen werden. (W. T. B.)

Die französische Halsstarrigkeit.

Stockholm, 17. Aug. Zum Scheitern der Londoner Konferenz schreibt Stockholm „Dagbladet“: Die französische Regierung, die so viele bittere Worte über den preußischen Militarismus gesprochen hat, steht einsam im eitlem Glauben, durch Drohung mit Gewalt Gold aus dem bereits ausgeplünderten Deutschland herauspressen zu können. Lange genug hat man die Schuld am Kriegsausbruch erörtert. Wenn jetzt die Gewaltspolitik wiederum triumphiert, braucht man nicht mehr nach dem Schuldigen zu fragen. Die französische Unverhältnismäßigkeit verhindert die Wiedererhebung Europas. Wir hätten einen Frieden haben können, der eine glücklichere Zukunft für unseren Weltteil mit sich gebracht hätte. Frankreich wollte es nicht. Aber obwohl das Friedenswerk ins schändliche Abkommen von Versailles überging, hätten wir jetzt auf dem Wege zur Vertragsrevision sein können. Wiederrum antwortet Frankreich Nein. Möge Frankreich allein den Weg der Gewalt beschreiten. Europa weiß, daß dieser Weg nur ins Verderben führt. (W. T. B.)

Um die Berufung deutscher Vertreter nach Paris.

Paris, 18. August. Wie der „Matin“ berichtet, haben die Mitglieder der Reparationskommission gestern die Frage erörtert, ob man, bevor die Entscheidung über das Moratorium getroffen werde, Vertreter der deutschen Regierung hören solle, etwa den Vorsitzenden der Kriegslastenkommission Staatssekretär Dr. Fischer, oder den ehemaligen Staatssekretär Bergmann, oder auch den Reichsfinanzminister Dr. Herzog. Es gebe zwei Methoden: man könnte die deutschen Vertreter in Berlin aufsuchen oder sie nach Paris kommen lassen. Ueber diese Frage habe die Kommission gestern beraten, sei aber noch zu keiner Entscheidung gekommen. (W. T. B.)

Beharrende Gerüchte über direkte deutsch-französische Verhandlungen.

Berlin, 18. Aug. Wie der „Dena“ aus Paris berichtet, hat die Reparationskommission in ihrer gestrigen Sitzung keine Entscheidung in der Reparationsfrage gefaßt. Man sei sich darüber klar gewesen, daß eine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß keine Lösung der Frage bedeuten würde. Eine Ablehnung des Moratoriums hätte nicht genügt, um aus Deutschland die Mittel herauszuholen, die Frankreich benötige. Andererseits hätte die Gewährung eines Moratoriums wahrscheinlich zu einer Sprengung der Reparationskommission geführt. Infolgedessen habe man sich entschlossen, im Einverständnis mit der französischen Regierung den Weg direkter Verhandlungen mit der deutschen Regierung zu beschreiben. Einige Mitglieder der Reparationskommission würden sich in den nächsten Tagen nach Berlin begeben, um mit der deutschen Regierung die Möglichkeiten der Lösung der Reparationsfrage durchzusprechen.

Kabinettsitzung in Berlin.

Berlin, 18. Aug. Die Reichsregierung wird heute nachmittag zu einer Kabinettsitzung zusammentreten, um über die Fragen zu beraten, die mit dem Reparationsproblem zusammenhängen.

Eröffnung des Internationalen Telegraphistenweltkongresses.

Berlin, 18. August. Bei der heutigen Eröffnung des Internationalen Telegraphistenweltkongresses im Reichstage hielt Staatssekretär Dr. Bredow eine Begrüßungsansprache, aus der wir u. a. folgendes entnehmen: Den Ruhm, den Ersten Internationalen Telegraphistenweltkongress veranstaltet zu haben, können die Mailänder Telegraphisten für sich beanspruchen, die gelegentlich der Volta-Feier in Como zum Wettbewerb eingeladen hatten. 1903 Jahre später, im August 1911, wurde anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens des Königreichs Italien vom Ministerium der Posten und Telegraphen ein großer Weltkongress veranstaltet, an dem mehr als 200 Telegraphisten aus hundert Ländern teilnahmen. Elf Jahre sind seitdem vergangen. Die anwesenden Teilnehmer am Weltkongress in Turin werden sich noch heute an den glänzenden Verlauf der mit ihm verbundenen Festlichkeiten und der dabei gebotenen geistigen und leiblichen Genüsse mit Freude erinnern. Die Oberleitung des Berliner Weltkongresses kann Ihnen keine rauchenden Feste bieten; denn Deutschland ist ein armes Land geworden. Wer von Ihnen die Gabe besitzt, den Dingen auf den Grund zu sehen, wird ein unterdrücktes, gegen den Untergang kämpfendes Deutschland sehen. Lassen Sie sich den Blick dadurch nicht trüben, daß Sie in den Straßen und Kaminen der Großstädte auch Reichtum und Verschwendung sehen. Die große Masse des arbeitenden Deutschlands, besonders die Beamtenschaft, ist es nicht, die im Ueberflusse lebt. Das sind vielmehr diejenigen, die ohne Skrupel aus allem das Gute schöpfen, sei es Krieg oder Frieden, sei es Glück oder Unglück eines Volkes. Dazu kommen die vielen Jehntausende, die vorübergehend in Deutschland mit ausländischer Währung leben. Wir deutschen Beamten aber im Reiche und in der Fremde müssen unsere Lebenshaltung immer mehr herabsetzen. Trotzdem werden wir alles tun, um unseren Vätern den Aufenthalt in Berlin möglichst angenehm zu machen. Gute Gesinnung, aufrichtige Kameradschaft, treue Fürsorge ist die Grundlage germanischer Gastfreundschaft. Nehmen Sie, verehrte Kollegen, diese Gastfreundschaft in demselben Geiste an, in dem sie Ihnen geboten wird.

Nachrichtensvermittlung durch den Raum, über die Schranken von Land und Wasser, von Völkern und Ländern, über die ganze Erde ist unsere gemeinschaftliche hohe Berufsaufgabe. Vor allem kommt es darauf an, daß alle Teile der ungeheuren Weltnachrichtensmaschine richtig ineinandergreifen und reibungslos, unermüdet und gleichmäßig ihren Dienst verrichten. Die wichtigsten Teile dieser Maschine aber sind Menschen, sind die Telegraphenbeamten. Sie sind es, die den völkerverbindenden Leitungen Leben einhauchen. Von ihrer Berufstreue und Fähigkeit wird der Gang der Maschine beeinflusst. Ihre verantwortungsvolle Arbeit, durch Förderung der Berufsentwickelung, durch Austausch von Erfahrungen, gegenseitigen Ansporn und nicht zuletzt durch Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu erleichtern und zu veredeln, das ist die Hauptaufgabe des Weltkongresses.

Menschliche Unzulänglichkeit, Neid und Rachsucht hatten die friedliche Gemeinlichkeit der Völker lange Zeit hindurch unterbrochen, das Welttelegraphennetz zerfiel, die bei früheren Zusammenkünften angebahnte Zusammenarbeit der Verwaltungen und Beamten hinfällig gemacht. Mißtrauen und Gewalt herrschten noch heute in der Welt. Aber wir haben die Völker ihre eigenen Wege gehen, wir Welttelegraphisten haben uns trostlos schon wieder zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammengefunden. Das zeigen die vielerlei Zusammenkünfte der letzten drei Jahre und der immer mehr fortschreitende Wiederaufbau des Weltkongresses.

Noch bedrohen dunkle Mächte den Frieden Europas. Aber was das Schicksal auch uns anklagen will an Seiten, die wir heute noch nicht verstehen — eins steht fest, und ich rufe es laut hinaus, damit es wie meine anderen Worte auch durch dieses Mikrophon auf dem Wege der Radiotelephonie verbreitet und in diesem Augenblick auf allen Radiostationen in ganz Europa gehört werden kann:

„Die Männer und Frauen, die, gleichviel welchen Landes Kind sie waren, welchen Volkes Sprache sie redeten, vor Jahren in Turin zusammenstanden, um an ihrem Teile an der Menschheit Wohlgerben zu arbeiten, wollen auch in Zukunft wieder zusammenstehen, mögen auch viele Welten Landes oder Meeres zwischen ihnen liegen. Des zum Zeichen sind die Telegraphisten vieler Länder zu ihren deutschen Kollegen geeilt, um mit ihnen in freundschaftlichem Wettkampf die Kräfte zu messen und zu rufen.“

Sie wollen das Ihrige tun, um Ihren Nationen friedlichen Ruhm zu schaffen und den zerfallenden Rachegeist abzulenken von weltzerstörendem Wahnsinn, hin zum fruchtbringenden Schaffen geistiger und wirtschaftlicher Güter.“

So erblicke ich in diesem Telegraphistenweltkongress mehr, weit mehr als bloßen Wettbewerb um sachliche Höchstleistungen. Aus dieser Zusammenkunft so vieler Männer und Frauen der verschiedensten Gegenden und Staaten sehe ich die Sehnsucht herausleuchten nach Ruhe und Frieden, nach Ordnung und Recht, nach Freude und Glück.

Dessen seien Sie alle, die ich hier begrüße und willkommen heiße, aufs herzlichste bedankt!

Enver-Pascha f.

London, 17. August. Enver-Pascha hat am 1. August südwestlich von Buchara in einem verzweifelten Kampfe mit den Russen Truppen verloren.

Rücktrittsforderungen an Graf Verchenfeld.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
München, 18. Aug. In Augsburg nahm eine Versammlung nationaler Verbände und Vereinigungen einstimmig eine Entschließung an, welche der Entlassung über die unzureichende Vertretung der bayerischen Landesinteressen durch den jetzigen Ministerpräsidenten Ausdruck gibt und den Rücktritt des Grafen Verchenfeld fordert.

München, 18. Aug. Der „Bayr. Kurier“ meldet, daß aus dem ganzen Lande fortgesetzt Abordnungen und vollständige Parteiauslässe eintreffen, um deren Führern von der Annahme des Schlußgesetzes abzuraten. Die Forderung des sofortigen Rücktritts der Regierung und der Landtagsauflösung wurde auch von französischen Abgeordneten, wie bereits am Mittwoch von den Deputierten aus dem bayerischen Oberland, nach dem gleichen Blatte, mehrfach erhoben. Verfassungsmäßig habe der Ministerpräsident in der Sache das letzte Wort gesprochen.

Eine neue bayerische Kommission auf dem Weg nach Berlin.

Berlin, 18. August. Graf Verchenfeld soll es nach einer Meldung aus München abgelehnt haben, zum zweiten Male als Unterhändler nach Berlin zu gehen. So wird diesmal eine aus anderen Regierungsvertretern zusammengesetzte Kommission nach Berlin fahren, die ganz bestimmte Weisungen hat. Wie die „Deutsche Allgemeine“ wissen will, wird die Kommission bereits heute nach Berlin abreisen.

Berlin, 18. Aug. An hiesiger zuständiger Stelle liegt zur Stunde noch keine amtliche Mitteilung aus München vor, wann die neue bayerische Regierungskommission hier eintrifft. Doch ist im Hinblick auf den heute am 18. August ablaufenden Termin für die Aufhebung der bayerischen Verordnung anzunehmen, daß die bayerische Kommission noch heute hier anlangt.

Berlin und der Widerspruch der bayerischen Parteien.

Berlin, 18. Aug. In Berlin nimmt man, wie wir hören, die Haltung ein, daß die Abmachungen mit der bayerischen Regierung endgültig sind, und neue Verhandlungen, wie sie von den bayerischen Koalitionsparteien gefordert werden, nicht notwendig erscheinen. In weiteren Konversationen wurde sich die Berliner Regierung nicht verhalten, im Gegenteil verlangt sie, daß die bayerische Verordnung vom 18. August zurückgezogen wird, entsprechend den getroffenen Abmachungen. Man behauert in Berlin lebhaft, daß angesichts der außenpolitischen Schwierigkeiten die bayerischen Parteien die Differenz mit dem Reiche weiterzutragen beabsichtigen, und hofft, daß es der bayerischen Regierung gelingt, sich doch durchzusetzen und die Vereinbarungen mit dem Reiche durchzuführen.

Vorläufige Ergebnislosigkeit der Beamtengehältsverhandlungen.

Berlin, 18. August. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, die gestern vormittag bis in die späte Nacht im Reichsfinanzministerium geführt wurden, sind nachts um 11 Uhr ergebnislos abgebrochen worden. Sie wurden heute vormittag wieder aufgenommen. In den gestrigen Verhandlungen hat sich die Reichsregierung auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erhöhung der Gehälter bereits Rechnung gemacht wurde, und daß somit nur die im Monat August nach ihrer Schätzung eingetretene Forderung von 20 Prozent zu berücksichtigen wäre. Im Laufe der Verhandlungen gestand die Regierung eine Erhöhung der Stundenlöhne der Arbeiter um 1 Mark zu, was für die dritte Gehaltsstufe der Beamten eine Monatszulage von 1875 M. bedeuten würde. Die Vertreter der Gewerkschaften verlangten 3000 Mark für die Beamten, was einer Zulage zum Stundenlohn der Arbeiter in Höhe von 16 M. entspräche. Die Differenz ist also beträchtlich. An dieser Forderung scheiterten zunächst die Verhandlungen. Die Regierungsdirektor erklärte, keine Vollmacht zu haben, einer derartigen Erhöhung zuzustimmen. Auf der anderen Seite haben die Gewerkschaften die Erklärung ab, daß sie diese Höhe als Mindestmaß bezeichnen müßten. Ein anderer Streitpunkt besteht noch darin, daß die Regierung die Erhöhung prozentual nach den Gehaltsstufen vornehmen will, während die Gewerkschaften die Erhöhung des Kopfaufschlages wünschten, was wieder nivellierend auf die Beamtengehälter wirken müßte.

Verbotene Zeitungen.

Berlin, 18. August. Die „Rote Fahne“ ist vom preussischen Minister des Innern auf 8 Wochen verboten worden. Das Verbot wird begründet mit der aufreizenden Sprache, insbesondere der Veröffentlichung des Moskauer Aufrufs vom 10. August, sowie damit, daß die „Rote Fahne“ der bayerischen Regierung wiederholt direkt den Vorwurf des Hochverrats gemacht habe.

München, 18. Aug. Der „Miesbacher Anzeiger“ ist wegen des Abdrucks eines Aufrufes auf zehn Tage verboten worden. Die heutige Nummer des „Miesbacher Anzeigers“ greift den Ministerpräsidenten Grafen Verchenfeld scharf an und behauptet, Graf Verchenfeld habe, als er schon Ministerpräsident der bayerischen Republik war, eine Goldigungsadresse an „Se. Majestät den König Rupprecht von Bayern“ mitunterzeichnet.

Dollar (Amtlich): 1160